

Zürich, Juli 2018

Regulierung der neuen Gentechnikverfahren

Am 25. Juli äussert sich der Europäische Gerichtshof (EuGH) zur rechtlichen Einstufung der neuen gentechnischen Verfahren. Auf dieser Grundlage müssen die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten entscheiden, wie sie die neuen Gentechnikverfahren künftig regulieren werden.

Die neuen Gentechnikverfahren haben das Potential, unsere Umwelt tiefgreifend zu verändern, denn sie werden an Lebewesen angewendet, die sich vermehren und genetisch austauschen. Ob und wie neue Gentechnikverfahren wie CRISPR/Cas reguliert werden sollen, bleibt auch nach dem Entscheid des EuGH eine politische Frage. Um einen verantwortungsvollen Umgang mit diesen neuen Züchtungstechniken zu gewährleisten, braucht es eine Regulierung unter dem Gentechnikgesetz - sowohl in der Schweiz, als auch in Europa. Nur dies garantiert eine transparente Anwendung von biotechnologischen Verfahren und die Wahlfreiheit für Bäuerinnen und Bauern und Konsumentinnen und Konsumenten, die mehrheitlich keine Gentechnik auf Äckern und Teller wollen.

Regulierung als Gentechnik

Eine Regulierung nach dem Gentechnikrecht bedeutet: Vor der Freisetzung muss eine Risikobewertung nach dem Vorsorgeprinzip stattfinden. Nach der Marktzulassung sind Monitoring und Rückverfolgbarkeit zu gewährleisten. Zudem müssen die Hersteller Nachweisverfahren für ihre GVO zur Verfügung zu stellen.

Die Behörden müssen bei der Regulierung das Heft in der Hand halten. Sie dürfen sich nicht dem Druck der Agrarindustrie beugen, die in erster Linie eine Gewinnmaximierung anstrebt und daher eine Deregulierung fordert. Es gibt keinen plausiblen Grund, das bestehende Gentechnikrecht nicht auch auf alle neuen Gentechnikverfahren anzuwenden – in der Schweiz und auch in der EU. Die Schweizer Allianz Gentechfrei fordert daher, dass alle Verfahren, die unter Begriffen wie „Genome Editing“, „zielgerichtete Mutagenese“ oder „neue Mutagenese“ firmieren, in allen europäischen Ländern als Gentechnik deklariert und reguliert werden. Pflanzen, die aus Gentechnik hervorgehen, sind gentechnisch veränderte Organismen (GVO), unabhängig davon, ob Fremd-DNA eingefügt wurde oder nicht und unabhängig davon, wie klein oder wie gross die vorgenommene Veränderung des Genoms ausfällt. Alle Verfahren verändern das Genom auf der Ebene der DNA.

Um gentechnisch veränderte Konstrukte wie die sogenannten Gen-Scheren in die Zelle einzuschleusen, werden oft die Methoden der „klassischen“ Gentechnik benutzt. Die

Risiken ‚alter‘ gentechnischer Verfahren bleiben somit bestehen und werden mit den ‚neuen‘ Verfahren sogar potenziert.

Riskobewertung fehlt

Bisher gibt es bei den neuen gentechnischen Verfahren keine systematische Datenbasis, die eine seriöse Risikobewertung der Methoden und Produkte erlauben würde. Ebenso fehlen Daten, welche die möglichen Wirkungen von mit den neuen gentechnischen Verfahren hergestellten Produkten auf Umwelt und Gesundheit erfassen.

Anwendung des Vorsorgeprinzips

Der Umgang mit den neuen gentechnischen Verfahren im Umweltbereich ist von Unsicherheit und Wissenslücken geprägt. In komplexen Systemen wie jenen der Umwelt können kleine Veränderungen zu sehr grossen Schäden auswachsen. Daher ist das umweltrechtliche Vorsorgeprinzip anzuwenden. Die Kernidee der Vorsorge besteht aus zwei Aspekten. Erstens, das Eintreten von Schäden zu vermeiden und zweitens, Massnahmen zur Vermeidung oder Eingrenzung zu ergreifen, selbst wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit eines solchen Schadens ungewiss ist.

Wahlfreiheit und Transparenz

Die Wahlfreiheit ist nur dann gewährleistet, wenn gentechnisch veränderte Produkte als solche gekennzeichnet werden. Nur so haben Züchterinnen und Züchter, Bäuerinnen und Bauern, das verarbeitende Gewerbe sowie Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeit, sich für qualitativ hochstehende und nachhaltige Produkte zu entscheiden.

EU-weit einheitliche und transparente Regelung

Um die Wahlfreiheit für die gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in ganz Europa, auch in der Schweiz, sicherzustellen, ist eine klare, EU-weit einheitliche Regulierung der neuen Gentechnikverfahren unabdingbar. Wir setzen uns mit unseren Allianzpartnern aus Landwirtschafts-, Konsumentenschutz- und Umweltkreisen für eine transparente Regulierung der neuen gentechnischen Verfahren ein.